

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, den 28.06.2022

Sitzungsort: Salzlandkreis, Bernburg Haus 1,
Sitzungssaal (3. Obergeschoss),
Karlsplatz 37 in 06406 Bernburg (Saale)

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:50 Uhr

Teilnehmer:

Ausschussvorsitzende

Frau Katrin Schütze-Dittrich

stellv. Ausschussvorsitzender

Herr Christian Jethon

Mitglieder

Herr Dr. Frank Ahrend
Herr Sven Hause
Herr Frank Schiwiek
Herr Ralf-P. Schmidt
Frau Kathrin Brandt
Herr Axel Wiczorek
Herr Thomas Kloppe

Sachkundige Einwohner

Frau Daniela Linge
Frau Miriam Weise-Wendel
Frau Steffi Winter

von der Verwaltung nehmen teil:

Herr Thomas Michling
Frau Anke Meyer
Frau Gunhild Watermann
Frau Doreen Kügler
Frau Helen Weigel
Frau Alexandra Bruscaini

weitere Teilnehmer

Herr Torsten Sielmon
Frau Lindenau
Herr Weißenborn

Behindertenbeauftragter
Volksstimme
Mitteldeutsche Zeitung

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Tim Hase	entschuldigt
Herr Dr. Jörn Weinert	entschuldigt
Herr Michael Krebs	

Sachkundige Einwohner

Frau Claudia Weiss	entschuldigt
--------------------	--------------

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung des öffentlichen Teils

Frau Schütze-Dittrich eröffnet die 13. Sitzung des Sozialausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Durch die Anwesenheit von 8 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern ist die Beschlussfähigkeit hergestellt. Die Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung wird ohne Änderungen festgestellt.

2 Einwohnerfragestunde

Einwohner sind nicht anwesend. Mit der Abarbeitung der Tagesordnung wird fortgefahren.

3 Abstimmung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 03.05.2022

Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 03.05.2022 werden nicht erhoben. Mit 8 Ja-Stimmen wird diese Niederschrift einstimmig bestätigt.

4 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für allgemeinbildende Schulen in Trägerschaft des Salzlandkreises sowie entsprechende Regelungen durch Vereinbarungen - Vorlage: B/0398/2022

Diskussionsbedarf zu diesem TOP wird nicht angezeigt. Frau Schütze-Dittrich bittet um Abstimmung.

Beschluss Nr. B/0398/2022/4

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für allgemeinbildende Schulen in Trägerschaft des Salzlandkreises sowie entsprechende Regelungen durch Vereinbarungen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen: 8
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltung: 0
Entspricht: einstimmig beschlossen

**5 Beantragung des Ausbildungsberufes "Binnenschiffahrtskapitän*in" zum Schuljahr 2022/23 an den Berufsbildenden Schulen Schönebeck des Salzlandkreises
 Vorlage: B/0408/2022**

Herrn Hause interessiert, wie viele Schüler*innen diese Ausbildung absolvieren.

Frau Meyer wird die konkrete Anzahl nachreichen.

Weitere Anfragen zu diesem TOP werden nicht gestellt. Die Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung.

Beschluss Nr. B/0408/2022/5

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt die Beantragung des Ausbildungsberufes "Binnenschiffahrtskapitän*in" zum Schuljahr 2022/23 an den Berufsbildenden Schulen Schönebeck des Salzlandkreises.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen: 8
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltung: 0
Entspricht: einstimmig beschlossen

Nachtrag des FB II:

Im Schuljahr 2020/21 befinden sich 11 Schüler*innen in der Ausbildung; im Schuljahr 2021/22 24 Schüler*innen. Für das Schuljahr 2022/23 liegen bisher 11 Anmeldungen vor.

6 Nutzungskonzept Ringheiligtum Pömmelte - Vorlage: B/0410/2022

Herrn Hause bittet um Information zu weiteren Kosten und geplanten Einnahmen für den Salzlandkreis.

Frau Bruscaini führt aus, dass im vorliegenden Nutzungskonzept keine konkreten Zahlen enthalten sind. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben liegt derzeit bei ca. 85 TEUR. Mit Fertigstellung des Touristeninformationszentrums wird mit einer weiteren Steigerung der Besucherzahlen gerechnet, was zur Verringerung und bestenfalls zum Ausgleich dieser Differenz beitragen wird.

Mit diesem Konzept sollen die Visionen des Landkreises dargestellt werden, verdeutlicht Herr Michling. Über Einzelheiten zur tatsächlichen Umsetzung und die finanziellen Auswirkungen wird im Ausschuss natürlich zu gegebener Zeit informiert.

Herr Schmidt unterstreicht, dass das Ringheiligtum zur touristischen Stärkung des Salzlandkreises beiträgt. Dazu ist es jedoch auch erforderlich, das Gelände barrierefrei zugänglich zu machen und mit einer Anbindung an den ÖPNV zu versehen.

Abschließend bittet Frau Schütze-Dittrich um Abstimmung.

Beschluss Nr. B/0410/2022/6

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt das Nutzungskonzept für das Ringheiligtum Pömmelte.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Entspricht:	einstimmig beschlossen

7 Sachstand Ringheiligtum Pömmelte - Vorlage: M/0163/2022

Diskussionsbedarf zu diesem TOP wird nicht angezeigt. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

8 Jahresbericht des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten des Salzlandkreises für das Jahr 2021 - Vorlage: M/0140/2022

Herr Sielmon nutzt anfangs die Möglichkeit, sich für sein Fehlen in der letzten Sitzung zu entschuldigen. Er war kurzfristig dienstlich verhindert und konnte entsprechend seinen Jahresbericht nicht erläutern. Der Bericht schildert ausführlich die geleistete Tätigkeit. Gern steht er für Anregungen zur Verfügung, um über inhaltliche Zielstellungen, die mit diesem Ehrenamt verbunden sind, debattieren zu können.

Herr Schmidt sieht das Ehrenamt damit verbunden, den Ausschüssen beratend zur Verfügung zu stehen. Leider war Herrn Sielmon zu den Sitzungen längere Zeit nicht anwesend. U. a. hätte er sich eine Mitwirkung bei der Umsetzung des örtlichen Teilhabemanagements oder zum Aktionsplan des Salzlandkreises zur UN-Behindertenrechtskonvention gewünscht. Seiner Auffassung gibt es noch sehr viel Nachholbedarf für den Landkreis in Bezug auf Teilhabe, barrierefreie Internetseiten und Inklusion. Einen fachlichen Austausch erachtet er als sehr wichtig.

Herr Sielmon stellt am Beispiel „barrierefreie Internetseite des Landkreises“ fest, dass er diese Überarbeitung vor 2 Jahren angeregt hat. Einige wenige Zuarbeiten aus den Kommunen liegen vor. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel stehen aber nicht zur Verfügung. Zudem fehlt ein hauptamtlicher Teilhabemanager / Inklusionsbeauftragter. Ein ehrenamtlich Tätiger kann diese Tätigkeiten nicht leisten.

Herr Jethon kommt zur Sitzung hinzu. Somit sind 9 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Frau Meyer berichtet von fehlenden personellen Ressourcen. Das Projekt „Örtliches Teilhabemanagement“ musste deshalb zum Ende 2020 beendet werden. Während der Förderperiode wurde begonnen, mit den Netzwerkpartnern einen Aktionsplan zu erarbeiten. In diesem Plan sollten konkrete Maßnahmen mit Verantwortlichkeiten formuliert werden. Der Plan wurde mit Handlungsempfehlungen erarbeitet. Ein geplantes Netzwerktreffen musste coronabedingt abgesagt werden; ist aber neu terminiert worden.

Herr Schmidt sieht die Gestaltung der barrierefreien Internetseite und der Formulare als gesellschaftliche Verpflichtung an, welcher sich die Verwaltung stellen muss.

Herr Sielmon meint, dass die Teilhabemanagerin über drei Jahre ein Fundament geschaffen hat, welches für künftige Arbeitsgruppen als Grundlage genutzt werden kann.

Die Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass für den Salzlandkreis und auch die Kommunen viel Arbeit im Hinblick auf die Teilhabe und Barrierefreiheit ansteht. Dazu ist eine transparente Information in den Fachausschüssen erforderlich, welche Themen umgesetzt werden konnten. Abschließend nutzt Frau Schütze-Dittrich die Gelegenheit, Herrn Sielmon im Namen des Ausschusses zur Auszeichnung für sein ehrenamtliches Engagement zu gratulieren und wünscht ihm weiterhin viel Kraft für sein Wirken.

9 Außerschulische Lernförderung - Vorlage: M/0158/2022

Frau Weigel stellt kurz den Sachverhalt vor. Mit der Vorlage soll über die Anpassung der Kostensätze der außerschulischen Lernförderung im Rahmen des BuT informiert werden.

Herr Hause bittet um Erläuterung zur Entwicklung der Zahlen in der Vergangenheit, insbesondere im Zusammenhang mit der Pandemie.

Frau Weigel verweist in ihren Ausführungen auf die entsprechenden Links. Mit der Gewährung von 35 EUR für Einzelförderung und 30 EUR für Gruppenförderung als Obergrenze befindet sich der SLK im oberen Bereich im Landesvergleich. Von 2017 bis 2021 ist eine fast 70%ige Zunahme der Kosten pro Einzelfall erkennbar; d. h. im Jahr 2017 hat ein Schüler ca. 1.200 EUR Lernförderung gekostet, in 2021 bereits knapp 2.000 EUR.

Frau Schütze-Dittrich sieht die außerschulische Lernförderung als gute Bildungschance und wichtigen Meilenstein insbesondere für die Kinder aus sozialschwachen Familien.

Herr Schiwiek möchte wissen, ob es im Vorfeld Gespräche des Jobcenters mit den Trägern gab, vor allem im Hinblick auf die Auskömmlichkeit der Kosten.

Frau Weigel stellt klar, dass die finanzielle Deckelung aus Sicht des Jobcenters auskömmlich ist. Mit Lernförderinstituten sind Gespräche geplant, auch im Hinblick auf die Einführung des möglichen Bürgergelds.

10 Überblick zur Grundrente und die Auswirkungen auf die Leistungssysteme des SGB XII und Wohngeld - Vorlage: M/0160/2022

Auf Nachfrage von Herrn Hause, wie viele Personen im Salzlandkreis die Grundrente erhalten, berichtet Frau Kügler, dass konkrete Zahlen nicht bekannt sind.

Herr Hause bittet die Verwaltung darum, eine entsprechende Abfrage beim Sozialministerium bzw. Rententräger zu starten. Diese Aussage zur Anzahl wäre sehr interessant und wichtig für die Auswertung der Sozialdatensammlung.

Frau Meyer sichert zu, dass die Verwaltung gern diese Abfrage formulieren und im Ausschuss darüber berichten wird.

11 Rechtskreiswechsel ukrainische Flüchtlinge ins SGB XII **Vorlage: M/0161/2022**

Frau Meyer berichtet, dass der Rechtskreiswechsel vollzogen wurde und insgesamt als gelungen bezeichnet werden kann.

Frau Kügler ergänzt, dass mit Stand von heute 122 Bedarfsgemeinschaften mit 144 Personen nach SGB XII übernommen worden. Bisher liegen von 91 Bedarfsgemeinschaften Anträge auf die Grundsicherung im Alter, von Erwerbsunfähigen bisher 1 Antrag sowie 34 Anträge für Hilfe zum Lebensunterhalt vor. Diese Anträge konnten noch nicht alle beschieden werden.

Herr Hause sieht noch Probleme für den Personenkreis, die neu im SLK angekommen sind und noch keine Leistungen erhalten haben.

Herr Michling erklärt, dass ca. 85 % aller Bedarfsgemeinschaften im Jobcenter bereits Leistungen erhalten. Neu ankommende Flüchtlinge bekommen im Asylbewerberleistungsbereich finanzielle Leistungen, im Rahmen der Erstattung erfolgt die anschließende Abrechnung in den einzelnen Rechtskreisen. Mit Stand von heute sind 2.162 ukrainische Flüchtlinge im SLK aufhältig, davon 781 Kinder.

Frau Weigel ergänzt, dass die ausstehenden Zahlungen auf fehlende Unterlagen der Antragsteller zurückzuführen sind.

Herr Dr. Ahrend verlässt um 18.15 Uhr die Sitzung. Somit sind 8 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Auf Nachfrage von Herrn Jethon berichtet Frau Meyer, dass 1,3536 Mio. EUR Mehrkosten für den Landkreis im SGB XII-Bereich für 2023 eingeplant werden. Eine Erstattung vom Land ist bisher nicht vorgesehen.

Nach Asylbewerberleistungsgesetz erstattet das Land pro Flüchtling eine Fallpauschale in Höhe von 10.800 EUR an den Landkreis, schildert Herr Michling. Das entspricht einer Gesamtsumme in Höhe von 1,87 Mio. EUR. Abzusehen ist nicht, ob diese finanziellen Mittel auskömmlich sind.

Aufgrund einer kontroversen Diskussion zwischen Herrn Hause und Herrn Michling regt die Ausschussvorsitzende ein separates Gespräch außerhalb dieser Ausschusssitzung an.

12 Informationen aus der Verwaltung

Frau Meyer berichtet über verschiedene Sachverhalte.

- Die Landesschulbehörde hat der Namensänderung der Berufsbildenden Schule Schönebeck (Elbe) zugestimmt. Die Schule heißt nunmehr „Berufsbildende Schulen Otto Allendorff“.
- Die Einrichtung des Bildungsgangs Fachlagerist ist vom Landesschulamt abgelehnt worden. Die Verwaltung wird nochmals ein Schreiben mit der sachlichen Begründung senden, um so auf die Notwendigkeit hinzuweisen und den Bildungsgang genehmigt zu bekommen.
- Das Gymnasium Stephaneum und die Burgschule Aschersleben möchten gemeinsam einen Schulmodellversuch „Mehr Lehrkräfte für den Salzlandkreis – Einrichtung von berufsorientierenden Wahlpflichtkursen in der gymnasialen Oberstufe zur strukturierten Förderung von Interessenten an einem Lehramtsstudium“ starten. Für die Beantragung wird für die nächste Sitzung eine Beschlussvorlage als Unterstützung erarbeitet. Die engagierten Lehrerteams möchten damit ein Signal setzen, um dem Lehrermangel entgegenzuwirken. Schulträger sind die Stadt Aschersleben und der Salzlandkreis.
- Derzeit halten sich über 700 ukrainische Kinder im SLK auf; davon 242 im Kindergartenalter und 580 im Schulalter. Zum kommenden Schuljahr unterliegen diese verbindlich der Schulpflicht. Von diesen sind bereits 345 Schüler*innen in den Schulen integriert. Mit der neuen Erlasslage können die Eltern wählen, an welcher Schule und in welcher Form die Kinder unterrichtet werden. Große Schwierigkeiten sieht der Landkreis darin, wie dieser Erlass umgesetzt werden kann, da bisher keine Sprachklassen, nur 1 Ankunftsklasse (am Carolinum Bernburg) und keine ukrainischen Pädagogen vorhanden sind.

13 Anfragen und Anregungen

Herr Wieczorek bittet um Auskunft zum ersten Abiturjahrgang der Gemeinschaftsschule Albert-Schweitzer Aschersleben. Dazu stellt er mehrere Fragen, die im Nachgang der Sitzung über das KTB zur Beantwortung durch den FB II zugeleitet werden.

Herr Jethon möchte wissen, ob der Landkreis Vorbereitungen getroffen hat, eventuell die KdU-Richtlinie anzupassen, um die Steigerungen der Strom- und Heizkosten für SGB-II- bzw. SGB-XII-Empfänger abzufangen. Zudem denkt er, dass die Erstausstattungen der Wohnungen angesichts der Preissteigerungen nicht mehr angemessen ist.

Herr Wieczorek verlässt um 18.45 Uhr die Sitzung. Somit sind 7 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Frau Meyer geht in der Beantwortung darauf ein, dass in der Arbeitsgruppe KdU intensiv darüber diskutiert wird. Die Verwaltung sieht den Bund in der Pflicht, die Regelsätze in diesem Bereich nachzubessern. Auch im Landräteseminar bzw. der Interessenvertretung des Landkreistages wurde eine Anpassung angeregt.

Herr Schmidt schildert Probleme, den Schulsport an einer Sekundarschule des Landkreises durchzuführen. Daraus ergibt sich für ihn die Frage, wie der Landkreis generell überprüft, ob in den Schulen der Unterricht entsprechend des Lehrplanes durchgeführt werden kann bzw. ob die dafür erforderlichen Einrichtungen vorhanden und ordnungsgemäß nutzbar sind.

Die Fachbereichsleiterin erklärt, dass intensive Abstimmungen zwischen Landkreis und den einzelnen Schulleitungen erfolgen. Für konkrete Beispiele steht sie außerhalb der Sitzung für ein Gespräch gern zur Verfügung.

Frau Linge fragt nach Gründen, weshalb die Erstattung der Schülerbeförderungskosten nicht zeitnah erfolgt. Ihr sind mehrere Fälle bekannt, die bisher gar keine Erstattung erhalten haben.

Herr Michling schildert, dass es einen Personalwechsel in diesem Bereich gab. Es ist ihm nicht bekannt, dass es zum Rückstau bei der Abarbeitung der Anträge gekommen ist; sagt aber eine Prüfung zu. Er bittet Frau Linge, sich außerhalb der Sitzung zur Klärung konkreter Fälle mit ihm in Verbindung zu setzen.

14 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der öffentliche Teil der Sitzung wird geschlossen. Zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Sitzung kurz unterbrochen.

gez. Katrin Schütze-Dittrich
Ausschussvorsitzende

gez.
Schriftführerin